№ 1131. Mittwoch, den 22. Januar. (Morgen-Ausgabe.) 1862.

Die Danziger Zeitung erscheint täglich, mit Ausnahme der Sonn- und Festtage zweimal, am Montage nur Nachmittags 5 Uhr. — Bestellungen werden in der Expedition (Gerbergasse 2) und auswärts bei allen Königl. Postanstalten angenommen.

Preis pro Quartal 1 Thlr. 15 Sgr., auswärts 1 Thlr. 20 Sgr. Inserate nehmen an: in Berlin: A. Retemeyer, Kurstraße 50, in Leipzig: Heinrich Hübner, in Altona: Haasenstein u. Vogler, in Hamburg: J. Türkheim und J. Schöneberg.

Danziger Zeitung.



Deutschland.

* Berlin, 21. Jan. Wie man hört, soll die Vorlage wegen der Ober-Rechnungskammer in ihrer jetzigen Fassung besonders dadurch zu Stande gekommen sein, daß der zeitige Präsident Dr. Bötticher mit dem liberalen Theile des Ministeriums gemeinschaftliche Sache gemacht.

— Bei dem Herrn Minister des Innern Grafen von Schwerin und Frau Gräfin von Schwerin werden am 24. und 31. Januar Soiréen stattfinden.

* Als die wesentlichsten Grundzüge des neuen Minister-Verantwortlichkeits-Gesetzes werden uns bezeichnet, daß die Anklage nur in Uebereinstimmung beider Häuser erhoben werden kann und daß das Begnadigungsrecht der Krone vorbehalten bleibt.

— Die deutsche Fortschrittspartei hielt Sonntag Abend eine Fractionsversammlung zur Berathung der Adreßfrage. Von hervorragenden Mitgliedern der Partei wurde von dem Erlaß einer Antwortsadresse auf die Thronrede, jedenfalls aber von einer längeren Adreßdebatte abgerathen. Andererseits wurde dagegen geltend gemacht, daß die Adreßdebatte vielleicht dem Abgeordnetenhause die einzige Gelegenheit biete, die deutsche Frage zur Sprache zu bringen, daß aber das Land gerade wegen der deutschen Frage auf das Abgeordnetenhaus mit einer gewissen Erwartung blicke. Die Berathung konnte Sonntag nicht beendet werden; es wurde vielmehr beschlossen, dieselbe Montag Abend fortzusetzen. Anscheinend sind die Gegner einer Adresse in der Minorität, allgemein aber ist man der Ansicht, daß die Adreßdebatte möglichst kurz sein müsse.

— Der Geburtstag Friedrich des Großen wird von der Fraction der deutschen Fortschrittspartei durch ein Festessen gefeiert werden. Nachdem der desfallsige Beschluß gefaßt war, wurde bekannt, daß auch in der ministeriellen Fraction die Anregung zu einer entsprechenden Feier gegeben sei. Wahrscheinlich findet eine Vereinigung statt.

— Die Nachricht von angeblichen Unterhandlungen Braunschweigs mit Preußen wegen einer Militär-Convention wird dementirt.

— Es wird als zuverlässig versichert, Preußen werde die Action in der kurhessischen Angelegenheit nicht abschwächen, sondern verstärken. Die Lösung wird als nothwendig anerkannt.

Italien.

* Nach einer Correspondenz der „K. Z." hat Ricasoli wirklich die Absicht, Mazzini zurückzurufen.

— Das Haus der Abgeordneten beschloß in seiner Sitzung vom 18. Jan., den Gesetzentwurf über Bildung einer allgemeinen italienischen Kunst- und Industrie-Ausstellung, welche 1863 in Neapel gehalten werden soll, in Betracht zu ziehen.

Rußland und Polen.

Warschau, 19. Januar. Zu der Deputation, welche sich nach Petersburg begiebt, um der Consecration des Erzbischofs Felinski beizuwohnen, gehören auch der Suffragan von Lowicz, Graf v. Plater, und die Domherren v. Naruszewicz und v. Budziszewski. Zur Deckung der Reisekosten hat ihnen die Regierung eine Anweisung von 6000 Rb. S. an die Schatz-Commission des Königreichs ertheilt. Die Inthronisation soll in Lowicz stattfinden und darauf die Eröffnung der geschlossenen Kirchen erfolgen.

Danzig, den 22. Januar.

* [Stadtverordnetensitzung am Dienstag, 21. Jan.] Vorsitzender Hr. Justizrath Walter. Vor der Tagesordnung beschließt die Versammlung auf Antrag des Hrn. Geh. Rath Jebens den Magistrat um Auskunft darüber zu ersuchen, wie viel Exemplare von den Abzügen noch vorhanden seien, welche laut Beschluß der Stadtverordnetenversammlung vom 21. Februar 1860 von 6 in der Kämmereikasse aufgefundenen Kupferplatten gemacht seien, und durch wessen Vermittelung die geographische Gesellschaft in Berlin (wie bekannt geworden) in den Besitz solcher Abzüge gelangt sei. — Der erste Gegenstand der Tagesordnung ist demnächst folgender Antrag des Hrn. Dr. Liévin:

„In Betracht, daß die Stadtverordnetenversammlung es für äußerst bedenklich hält, einmal gefaßte Beschlüsse ohne sehr dringende und überwiegende Gründe wieder aufzuheben und daß sie deshalb für ein solches Verfahren einen Präcedenzfall zu schaffen vermeiden will;

„in Betracht, daß der einzige Grund, welcher am 14. Januar 1862 für die Aufhebung des Beschlusses vom 3. Sept. 1861 (betreffend die Beleuchtung des Saales der Stadtverordneten durch Gas) angeführt worden ist, auf einem Irrthum beruht, indem die Kosten für das ursprünglich vorgelegte, leicht ausführbare Project sich nicht höher belaufen, als Anfangs angegeben worden ist;

„in Betracht, daß demnach dieser Grund als ein dringender oder überwiegender unmöglich betrachtet werden kann und deshalb zur Aufhebung eines einmal gefaßten Beschlusses auch nicht führen darf;

„in Betracht endlich, daß die in Folge des Beschlusses vom 3. September pr. vom Magistrat vorgelegten Anschläge und Zeichnungen ganz neuer sechsarmiger Gaskronen im Style des Saales theils zu theuer sind, theils in anderer Beziehung nicht entsprechend gefunden werden, — wird beschlossen:

1) der Beschluß vom 3. September 1861, welcher dahin lautet: „die Gaseinrichtung in dem Versammlungssaale der Stadtverordneten ist einzuführen" — wird aufrecht erhalten;

2) die Summe von 240 Thlrn. zur Ausführung der Gasbeleuchtung im Stadtverordnetensaale und zur Umwandlung der vorhandenen Kronleuchter in Gaskronen wird bewilligt."

Hr. Dr. Liévin führt zur Motivirung seines Antrages aus, daß es ihm weniger auf die Beleuchtung des Saales durch Gas oder ein anderes Material ankomme, als auf die Wahrung eines Princips. Die Zurücknahme von einmal gefaßten Beschlüssen ohne hinreichenden Grund sei in der That höchst bedenklich. Er erinnere daran, daß in der letzten Zeit Beschlüsse von sehr erheblicher Wichtigkeit, z. B. über die Lazareth-Angelegenheit mit nur 1 Stimme Majorität gefaßt seien und daß gleichwohl die Minorität so viel Achtung vor dem einmal gefaßten Beschlusse gehabt habe, daß sie nicht gleich darauf einen entgegengesetzten Beschluß habe herbeiführen wollen. Außerdem seien auch die materiellen Gründe, welche zur Umstoßung des ersten Beschlusses geführt hätten, nicht stichhaltig. Wie er gehört habe, seien die von Hrn. Baurath Licht eingereichten Pläne nur vorläufig gewesen und daher die Annahme, auf welche sich der neue Beschluß stütze, daß nämlich die Einführung des Gases in den Saal größere Kosten verursachen würde, als Anfangs festgesetzt waren, unrichtig.

Herr Klose ist der Ansicht, daß der frühere Beschluß über die Einführung des Gases nur ein vorläufiger gewesen. Er sehe nicht ein, weshalb die Versammlung, wenn sie anderer Ueberzeugung geworden, frühere Beschlüsse nicht umstoßen solle. Dagegen entspreche es der Würde einer Versammlung nicht, einen vor 8 Tagen umgestoßenen Beschluß heut wieder aufs neue zum Beschluß zu erheben.

Auch Herr J. C. Krüger kann Herrn Liévin nicht beistimmen, ebenso wird Herr Dr. Piwko aus den bereits in früheren Sitzungen von ihm entwickelten Gründen gegen die Einführung des Gases stimmen. Da er jedoch das von Dr. Liévin hervorgehobene Princip für richtig halte, so beantrage er die Ernennung einer Commission, welche als Ergänzung zur Geschäftsordnung einen Paragraphen abfasse, worin bestimmt werde, unter welchen Modalitäten ein gefaßter Beschluß wieder aufgehoben werden könne.

Es sprechen alsdann noch Herr Hennings, Breitenbach und Jebens gegen den Liévin'schen Antrag. Herr Damme wünscht, daß die Commission, deren Wahl Dr. Piwko vorgeschlagen habe, sich mit der Revision der Geschäftsordnung überhaupt beschäftige. Der Aenderung bedürftig sei u. A. die Bestimmung, nach welcher namentliche Abstimmung nur durch Majoritäts-Beschluß vorgenommen werden dürfe. Die Abstimmung über diesen, wie den Piwko'schen Antrag wird bis zur nächsten Sitzung vertagt. Der Liévin'sche Antrag, über welchen demnächst abgestimmt wird, bleibt in der Minorität.

Die in Bezug auf die Frage, betreffend die Verstärkung der Schuldeputation, ernannte gemischte Commission, beantragt der Magistrat, möge unmittelbar an die Herren Minister des Innern und des Cultus das Gesuch um Aufhebung der Beschränkung der Zahl der Mitglieder der Schuldeputation, sowie der Nothwendigkeit der Bestätigung der Magistrats- und Stadtverordnetenmitglieder derselben richten und das Gesuch der Kgl. Regierung zur Befürwortung überreichen. Nachdem der Magistrat diesem Antrage der gemischten Commission beigetreten, wird derselbe nunmehr auch von der Stadtverordneten-Versammlung angenommen.

Der Entwurf zu einer Schornstein-Reinigungs-Ordnung für die Stadt Danzig wird den Mitgliedern mitgetheilt, ferner die Candidatenliste für die Deputationen und Commissionen festgestellt. Die Abstimmung über letztere wird in der nächsten Sitzung stattfinden.

Ein Antrag des Magistrats auf Verpachtung des Schleusengrabens auf Niederstadt zur Holzlagerung wird auf Antrag des Herrn C. Steimmig abgelehnt und der Magistrat ersucht, darüber zu wachen, daß in demselben keine nicht hingehörigen Hölzer abgelagert würden.. — Die Bewilligung von 763 Rt. 17 Sgr. 3 Pf für Copialien ꝛc. (über den Etat) wird auf Antrag des Herr Liévin bis zum Eingehen der Anzeige von der definitiven Einrichtung der seit längerer Zeit im Entstehen begriffenen Generalkanzlei ausgesetzt. — Zur Beschaffung eines feuerfesten Bücherschrankes für das Leihamt werden 230 Rt. bewilligt, ebenso wird die Anstellung eines Assistenten daselbst genehmigt. Damit schließt die öffentliche Sitzung.

‡ Die Bedeutung der Sparkassen zur Hebung des Wohlstandes der niederen Klassen wird in Preußen wohl schon überall erkannt, wie die Ausweise dieser Kassen ergeben. Die Benutzung derselben ist aber noch eine sehr ungleichmäßige und steht dieselbe in der Povinz Preußen noch lange nicht im richtigen Verhältniß zu der Benutzung im ganzen Staate; sie könnte eine weit regere sein und besonders auch von Seiten der Landbewohner. Wie bedeutend diese Verschiedenheit in der Benutzung der Sparkassen allein in den verschiedenen Regierungsbezirken der Provinz ist, zeigt folgende statistische Angabe über die Größe der Einlagen: In dem Reg.-Bez. Gumbinnen,

---

Vermischtes.

[Eine seltsame Testamentsclausel.] Ein Berliner Rentier, dem man wohl nur aus Neid den Vorwurf übertriebener Eitelkeit zu machen pflegte, hat in eigenthümlicher Weise sich ein Denkmal für ewige Zeiten setzen wollen. Derselbe hat nämlich in seinem Testamente die Bestimmung getroffen, daß ein bedeutender Theil seines großen Vermögens für ewige Zeiten zinsbar untergebracht werden soll, um aus den Revenüen desselben ein Stipendium für zwei Jünger der Wissenschaft zu begründen. Dieselben müssen nach den testamentarischen Bestimmungen des Verstorbenen unbedingt der juristischen resp. der theologischen Facultät angehören, sich sittlich geführt haben und — eine angenehme äußere Erscheinung gewähren. Mit dieser letztern Bedingung wird dann die Vorschrift verbunden, daß die Stipendiaten bei Gelegenheit einer jeden akademischen Festlichkeit einen besondern Festanzug anlegen sollen, der ihnen alljährlich aus den Zinsen des Stiftungs-Capitals angeschafft werden soll. Dieser Anzug besteht aus kurzen Beinkleidern, Strümpfen, Schuhen und Knieschallen, aus kurzem Waffenrock und Barett mit einer Straußfeder. Die Farbe des Waffenrocks und der Beinkleider soll für den Juristen roth, für den Theologen schwarz sein, übrigens aber beide Einkleidungen von den feinsten Stoffen gefertigt werden. Den Testaments-Executoren, welche über die Verfügung des Stipendiums zu entscheiden haben, ist es letztwillig zur besondern Pflicht gemacht worden, gerade auf die Befolgung der vorerwähnten Kleiderordnung mit Strenge zu sehen.

— Director Renz hat den Otto'schen Circus in Berlin für die Summe von 120,000 Thalern käuflich an sich gebracht und ist nun Besitzer dreier Circus, in Berlin, Wien und Pesth, welche zusammen ein Capital von über 300,000 Thlr repräsentiren. Renz wird die Ausfahrt seines Berliner Circus in der Georgenstraße zur Erbauung eines eleganten Wohngebäudes benutzen und sich überhaupt in Berlin wohnlich einrichten. Mit diesem Erwerb des Circus hat Renz voraussichtlich dort jede Concurrenz unmöglich gemacht. Nach der Geschäftsaufgabe Wollschlägers existiren übrigens nur noch zwei Kunstreiter-Directoren, Hinné und Carré, welche geeignet wären, sich mit ihren Gesellschaften in einer Residenzstadt wie Berlin zu produciren.

— Die Carnevals-Redouten im Victoria-Theater zu Berlin versprechen, da Se. Majestät der König sein Erscheinen in Aussicht gestellt hat, und in Folge dessen der Herr Director Cerf bemüht gewesen, eine ungewöhnliche Pracht und seltenen Glanz zu entfalten, den Berlinern einen noch nicht dagewesenen Genuß. Zu dem großartigen Ballsaal, welchen die Bühnen mit beiden Zuschauerräumen bildet, führen zwei breite Treppen von den Mittelbalkons des ersten Ranges herab. Inmitten des prachtvoll durch Tausende von Flammen erleuchteten Raume springt eine hohe Fontaine und verbreitet Kühlung. Trotz der hohen Preise sind bereits viele Meldungen zu Billets eingegangen.

— Eine äußerst fein gekleidete Dame, in der nur die Criminalpolizei eine vielbestrafte Taschendiebin zu erkennen vermochte, wurde in Berlin am Dienstag bei der Ausübung ihrer verbrecherischen Fingerfertigkeit ertappt und verhaftet. Die Criminalpolizei begnügte sich nicht damit, die feine Dame an ihrem Körper zu visitiren, sie suchte auch in deren Wohnung nach und fand dort — eine ziemliche Anzahl von Visitenkarten mit stets verschiedenen Namen. Als sie bei einigen der auf den Karten bezeichneten Personen nachfragte, ermittelte sich, daß sie sämmtlich vor längerer oder kürzerer Zeit mittelst Taschendiebstahls bestohlen worden waren. Die Diebin hatte die Visitenkarten ihrer Opfer aufbewahrt, um nun gegen sich die überzeugenden Beweise daraus zu schaffen.

— Seit Einführung der Gewerbefreiheit hat in Wien kein Industriezweig so zugenommen, wie die Kaffeehäuser, obwohl dieselben noch zu den concessionirten Gewerben gehören. Noch vor zwei Jahren zählte Wien nur 100 Kaffeehäuser (ohne die 2-—300 sogenannten „Surrogat-Kaffeeschänken", welche keinen echten Kaffee verkaufen dürfen); jetzt giebt es hier über 230 Kaffeehäuser, welche sich fast alle durch verschwenderischen Glanz auszeichnen. Trotz der Vermehrung dieser Anstalten sind die darin vorhandenen Getränke sehr theuer. Ein Täßchen Kaffee, das im Werthe auf kaum 4 Neukreuzer zu stehen kommen mag, wird um 16 Neukreuzer verkauft, wozu noch das unvermeidliche Trinkgeld an den Aufwärter kommt. Dennoch sind alle diese Orte so besucht, daß man oft um einen Platz verlegen ist.

— [Bienenschlacht.] In dem Kurier der Vereinigten Staaten liest man: Ezra Dipple, ein Bürger in Locneaut in Ohio, der sich seit Langem mit der Bienenzucht beschäftigt, theilt folgende Details über eine erbitterte Schlacht mit, die zwischen diesen Insecten geliefert wurde. Er hatte siebenzig Bienenschwärme, die zu beiden Seiten seines Hauses vertheilt waren. An einem heißen Tage nahm er wahr, daß das Haus plötzlich von den Bienen bedeckt wurde, die durch die offenen Fenster einflogen. Seine Familie mußte sich aus den Wohnungen flüchten. M. Dipple nahm eine Maske, um gegen die Stiche geschützt zu sein und die Ursache dieser Schlacht zu erforschen, und nun sah er, daß die Schlacht in aller Form geführt wurde. Es schien, daß die Bienen der östlichen Seite sich auf eine Flur erpicht hatten, auf die jene von der Westseite aufgefallen waren; daher ein erbitterter Kampf, wie er nur unter Menschen und oft aus dem geringsten Anlasse auszubrechen pflegt. Um 6 Uhr Abends war die Ruhe hergestellt und die feindlichen Bienen kehrten ermattet in ihre Körbe zurück. Der Boden war mit mit todten und sterbenden Insecten wie besäet. Kaum waren sie unter Dach, so stellten sie schon Wachen an den Ausgängen auf, um die feindliche Partei zu beobachten. Zwei Schwärme waren ganz zerstört, M. Dipple hatte aber keine anderen Verluste zu beklagen. Keine Partei blieb sieghaft und nur die Nacht hatte diese Schlacht eingestellt. Der Bienenzüchter verhinderte die Fortsetzung am nächsten Tage dadurch, daß er die Ausflugslöcher der Körbe schloß. Er hoffte, daß es zu einem baldigen Friedensschlusse zwischen den Kämpfern käme, und hatte sich nicht getäuscht.

woselbst 3 städtische und 10 Kreissparkassen bestehen, war die in denselben vorhandene Summe am 1. Jan. 1860 120,220 Rℓ. 20 Sgr. 8 ₰ oder 5 Sgr. 4 ₰ per Kopf der dortigen Bevölkerung, im Reg.-Bez. Marienwerder, woselbst 3 städtische und 9 Kreis-Sparkassen bestanden, zu derselben Zeit 248,257 Rℓ. 9 Sgr. 7 ₰ oder 10 Sgr. 11 ₰ pro Kopf der Bevölkerung; im Regierungs-Bezirk Königsberg, woselbst 5 städtische und 14 Kreis-Sparkassen bestanden, 463,307 Rℓ. 1 Sgr. 7 ₰ oder 14 Sgr. 10 ₰ pro Kopf der Bevölkerung und im Regierungs-Bezirk Danzig, woselbst 2 städtische und 4 Kreis-Sparkassen bestanden, 659,784 Rℓ. 9 Sgr. 4 ₰ oder 1 Rℓ. 13 Sgr. 7 ₰ pro Kopf, der Bevölkerung. Daß im letzteren Bezirk wegen seiner Kleinheit die städtische Bevölkerung gegenüber der ländlichen mehr ins Gewicht fällt, als in den anderen, leuchtet ein, und ist allein die Ursache dieses verhältnißmäßig günstigen Resultats. Im ganzen Staate war die Summe der Einlagen am 1. Januar 1860 65,716,813 Thlr. 26 Sgr. 1 Pf., oder 3 Thlr. 10 Sgr. 11 Pf. pro Kopf der Bevölkerung.

⊙ Königberg, 21. Jan. Die hiesige K. H. Z. brachte vor einigen Tagen unter der Ueberschrift: „Was wir von der Postverwaltung wünschen" mehrere Artikel, in welchen von sachkundiger Feder die Behauptung aufgestellt wird, daß sich bei der Postverwaltung eine bedeutende, auf mindestens 100,000 Rℓ. jährlich zu veranschlagende Ersparniß erzielen lasse, ohne auch nur im Geringsten der Postverwaltung zu schaden, oder der bessern Controle Abbruch zu thun und zwar durch Umwandlung der bisherigen Bezirks-Ober-Post-Directionen in Provinzial-Ober-Post-Directionen. Da bis zum Jahre 1849 die Ober-Post-Directionen noch nicht existirten, vielmehr alle dem Wirkungskreise derselben zugewiesenen Geschäfte bis dahin unmittelbar vom General-Post-Amte in Berlin erledigt wurden, so kann es wohl als unzweifelhaft betrachtet werden, daß Provinzial-Ober-Post-Directionen auch ungeachtet des gesteigerten Verkehrs in dem letzten Jahrzehnt vollständig ausreichen werden. Von dem Abgeordneten Frhrn. v. Vincke ist dieser Gegenstand bereits wiederholt im Abgeordnetenhause in Anregung gebracht, doch fiel der desfallsige auf Verminderung der Ober-Post-Directionen gestellte Antrag durch, weil Herru von Vincke nicht das erforderliche Material zu Gebote stand, um die von dem Regierungs-Commissar entgegengesetzten Bedenken mit Erfolg zu bekämpfen. — Bei der Wichtigkeit des Gegenstandes läßt sich jedoch erwarten, daß bei der diesjährigen Session die Sache nochmals aufgenommen und endlich erledigt werden wird. — Andererseits wird uns von einem Mißverhältniß bei Anstellung pensionirter Offiziere als Postmeister Mittheilung gemacht, indem seit einiger mit großer Consequenz Postmeisterstellen an dergleichen Bewerber verliehen worden sind. Wenn man erwägt, daß die Postverwaltung seit Jahren zu Aspiranten nur Abiturienten annimmt, daß dieselben dann erst in 3 Jahren nach bestandener Prüfung als Postassistenten verwendet und erst nach langjähriger Beschäftigung und, nachdem diese Beamten sich einem Staatsexamen in Berlin unterworfen und ihre Befähigung zu den höhern Stellen der Postverwaltung — zu welchen die der Postmeister gehören — dargethan haben, in ähnliche Stellungen rücken können, so leuchtet es auch dem Uneingeweihten ein, daß die Anstellung pensionirter Offiziere als Postmeister eine große Inconsequenz in sich schließt, da das Amt eines Postmeisters als Vorsteher und Dirigent eines Postamtes energisches Handeln, wozu die Kenntniß des Postdienstes in allen seinen Zweigen gehört, unausgesetzt erfordert. Daß diese ausgedehnte Geschäftskenntniß, zu welcher die Postbeamten erst nach langjähriger theoretischer und practischer Ausbildung gelangen, und welche dieselben in wiederholten Prüfungen darthun müssen, von den Militär-Anwärtern in der kurzen Zeit von höchstens einem Jahre erworben werden können, ist schwer zu glauben.

Insterburg, 20. Jan. (Pr. L. Z.) In der letzten Stadtverordneten-Sitzung wurde beschlosseu, daß die Prüfungsgebühren, welche bisher die Gewerks-Assessoren von den Innungen erhoben haben, künftig an die Stadtkasse abzuführen und daher als Einnahme in den Etat aufzunehmen seien. Von nun an wird die Freundschaft für Zunft und Innungswesen wenigstens einen reineren Charakter haben. Ein weiterer Gegenstand der Tagesordnung war die Berathung über die Errichtung einer Gasanstalt. Die Herren Scheffer und Walker in Berlin haben den städtischen Behörden ein doppeltes Project vorgelegt. Sie erbieten sich entweder 1) den Bau selbst für 60,000 Rℓ. bei 10,000 Rℓ. Caution für Rechnung der Commune zu übernehmen, dabei aber eine fünfprocentige Rente zu garantiren, oder 2) für eigene Rechnung Bau und Betrieb übernehmen zu wollen, falls ihnen ein Privilegium auf 30 Jahre ertheilt und die nöthige Capitals-Unterstützung gewährt wird. Die Allgemeinheit und Unvollständigkeit dieser Vorschläge veranlaßten den Referenten, der Versammlung folgende Vorschläge zu machen: 1) die Offerten der Herren Scheffer und Walcker, betreffend die Ausführung des Baues der Gasanstalt und Uebernahme einer Zinsgarantie sowohl, als auch wegen Uebernahme der Gasanstalt auf eigene Gefahr und Rechnung, sind im Allgemeinen günstig genug, um auf Grund derselben mit den Herren Scheffer und Walcker in vorläufige Unterhandlungen eintreten zu können. 2) Zur Einziehung näherer Erklärungen von den Herren Scheffer und Walcker und weiterer Mittheilung derselben beantragt die Versammlung die Wahl einer gemischten Commission, wozu sie 3 Mitglieder aus ihrer Mitte deputirt. 3) Abweichend von der Ansicht des Magistrats, der nicht gewillt ist, dieses vortheilhafte Unternehmen aus den Händen zu geben, ist die Versammlung unter Umständen zur Förderung der Sache auch bereit, einen oder mehreren Unternehmern die Gasbereitung für eigene Rechnung unter bestimmten, für die Bürgerschaft günstigen Bedingungen zu übertragen. — Die Versammlung stimmte den Anträgen ihres Referenten bei.

Bromberg, 21. Jan. Als neulich die Versammlung der Conservativen in Moritz Hotel getagt hatte, wurde bei dem Schluß der Vorträge verkündigt, daß diejenigen Mitglieder, welche Actionäre wären (das Organ des Vereins ist nämlich auf Actien begründet), zu einer Privatbesprechung noch zurückbleiben möchten. In dem engeren Kreise blieb ein sehr gesinnungstüchtiger Schneidermeister zurück, obwohl er den Beitrag von 25 Rℓ. nicht gezahlt hatte. Um ihm die Inconvenienz bemerklich zu machen, sagte einer der Anwesenden: „Nun, Herr Z., Sie sind auch noch hier?" „Ja", antwortete dieser verbindlich und mit Selbstgefühl, „ich bin auch reac-ionär."

Verantwortlicher Redacteur: H. Rickert in Danzig.

Angekommene Fremde am 17. Januar.

Englisches Haus: Kaufl. Gebhard a. Leipzig, Everts a. Mainz, Koepcke a. Stettin, Morsbach a. Barmen, Trapp a. Chemnitz, Butz, Lesser u. Heller a. Berlin, Königs a. Crefeld.

Hôtel de Berlin: Kfm. Lobbeck u. Gem. a. Berlin. Kaufl. Apitz, Müller a. Berlin, Fuhrmann a. Elberfeld, Philipp a. Frankfurt a. O.

Hôtel de Thorn: Gutsbesitzer Zimmer a. Braunsberg. Oekonom Beyer a. Thorn. Kaufl. Bettelhäuser a. Berlin, Lieberts a. Hamburg, Lovinger a. Leipzig, Jacobsen a. Stettin.

Walters Hôtel: Kfl. Feichenfeld a. Thorn, A. Levy, J. Levy, Michaelis a. Berlin. Dehmlaw a. Copenhagen.

Schmelzer's Hôtel: Rittergutsb. v. Schlichting a. Malmberg. Ober-Amtmann Kugler a. Löcknitz. Ober-Insp. Reiser a. Saalfeldt. Fabr. Speyer a. Erfurt. Kaufl. Frankenstein, Obermeyer u. Schumann a. Berlin, Bärwald a. Dresden, Lehmann a. Iserlohn, Flatow a. Minden.

Deutsches Haus: Kaufl. J. F. Tetzlaff a. Stargardt, L. Knopf a. Schwetz. Hotelbes. A. Grüllner a. Stargardt. Mühlenbes. Wirth aus Rudersdorf, Frantzius a. Carnikau. Capt. Pridsching a. England. Gutsb. Frantzius a. Lückstädt.

Druck und Verlag von A. W. Kafemann in Danzig.